

Die Welt scheint sich längst damit abgefunden zu haben, dass der Krieg in der Ukraine ein „eingefrorener Konflikt“ wird. Dabei gibt es rund um die Kämpfe ein ganzes Netz von Vermittlern und Verhandlungen. Wolfgang Ischinger hat während der Balkankriege der 90er-Jahre Frieden gestiftet, Robert Cooper zuletzt zwischen Serbien und dem Kosovo vermittelt. Sehen sie Lösungen?

DIE WELT: Sir Robert, Herr Ischinger, wie beeinflusst der Mord an Boris Nemzow die außenpolitische Lage?

WOLFGANG ISCHINGER: Ich warne vor Verschwörungstheorien. Was der Mord in Russland bewirkt hat, ist mehr Angst, Unsicherheit, Zweifel an dem, was die eigene Regierung als Wahrheit proklamiert. Während wir über Nemzow reden, diskutieren die Russen die Geschichte von dem russischen Panzerkommandanten, der über die Grenze in die Ukraine geschickt wurde. Sie fragen sich, ob der Mann echt ist und ob alles, was Putin der Bevölkerung erzählt hat, vielleicht nicht stimmt. Oder ob die ganze Sache von der CIA fingiert wurde. Das ist nur ein weiteres Beispiel für die Unsicherheit in der russischen Debatte über das Ziel, den Inhalt der Regierungspolitik und die Stabilität des Regimes. Darüber reden die Russen immer mehr und die Antworten scheinen ihnen immer unklarer. Und je größer die Unsicherheit dort ist, je schlechter die wirtschaftliche Lage im Land wird, desto größer könnte die Versuchung für die Führung sein, mit weiteren militärischen Aktionen Erfolge zu suchen. An einem völlig verunsicherten Russland können wir kein Interesse haben.

Die militärische Lage ist ja auch unklar. Der Waffenstillstand von Minsk scheint im Großen und Ganzen zu halten. Aber es gibt Scharmützel, Manöver, Drohungen auf beiden Seiten. Ist das nur eine Atempause im Krieg?

ROBERT COOPER: Das ist noch schwer zu beurteilen. Im Moment kann man noch nicht sehr optimistisch sein. Solange keine umfassende Überwachung der Fronten durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gewährleistet ist, kann man nicht an eine dauerhafte Waffenruhe glauben.

ISCHINGER: Das Minsk-Abkommen ist das Einzige, was wir im Moment haben. Wir im Westen sollten alles in unserer Macht stehende tun, um seine Umsetzung zu befördern, selbst wenn wir unsicher sind, ob das Abkommen am Ende funktioniert. Denn wir wissen nicht, ob Putin nicht noch militärische oder politische Hintergedanken hat. Es gibt die Befürchtung, dass dies nicht das Ende ist. Die Waffenruhe wirkt im Moment etwas stabiler als noch vor zwei Wochen. Aber was ist mit der politischen Seite von Minsk? Kann die überhaupt umgesetzt werden? Da geht es um eine Verfassungsreform in der Ukraine, die den Separatisten im Osten mehr Autonomie und Mitsprache sichern soll und darum, die volle Kontrolle der ukrainischen Sicherheitskräfte über die Grenze zu Russland wiederherzustellen. Aber: Die Separatisten werden sicherlich ein Veto bei grundlegenden Entscheidungen der Zentralregie-

„Waffen für die Ukraine dürfen kein Tabu sein“

Am Krieg könne der Westen nichts ändern, sagen die Diplomaten Wolfgang Ischinger und Robert Cooper. Aber am Kräfteverhältnis



Ein ukrainischer Soldat im Osten. Die Streitaxt gehört nicht zur regulären Bewaffnung

rung in Kiew verlangen – etwa gegen einen Nato-Beitritt. Würde Präsident Poroschenko so ein Abkommen jemals durch das ukrainische Parlament bekommen?

Dort sitzen auch die Maidan-Gruppen, deren Mitglieder für die Westorientierung der Ukraine zum Teil ihr Leben geopfert haben.

ISCHINGER: Richtig. Darum glaube ich, dass Minsk kaum einen festen Frieden bringen wird. Das Beste worauf wir im Moment hoffen können, ist eine Stabilisierung des Konflikts.

Das heißt, Sie glauben auch nicht an die Idee einer neutralen Ukraine.

ISCHINGER: Die Ukraine hat ja erstens schon ihr Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Was zweitens die Nato angeht, glaube ich, dass die Mehrheit der derzeitigen Nato-Staaten eine Mitgliedschaft der Ukraine zurzeit nicht will. Das Problem ist aber, dass wir Putin keine hundertprozentige Garantie geben können, dass die Ukraine auch in Zukunft niemals Nato-Mitglied wird. 2008 hat sich die Nato nämlich schon prinzipiell pro Ukraine-Mitgliedschaft festgelegt.

COOPER: Wie soll man so etwas überhaupt aufschreiben?

ISCHINGER: Eben. Die Ukraine selbst könnte das vielleicht zusichern. Aber wir können das nicht fordern.

Aber gerade wenn ein Nato-Beitritt keine Option ist, wird die Ukraine umso lauter nach westlichen Waffenlieferungen rufen.

ISCHINGER: Solange es noch akute Kämpfe gab, etwa um Debalzewo, hätten Waffenlieferungen tatsächlich eine Eskalation bewirken können. Darum hat Bundeskanzlerin Angela Merkel davor gewarnt. Aber wenn Minsk funktioniert, wenn der Waffenstillstand hält, wird man sich die allgemeinere Frage stellen müssen, wie man die Stabilität des Landes grundlegend und langfristig sichert. Dazu gehören finanzielle Fragen und Verfassungsreformen, der Rechtsstaat und vieles Mehr. Und dabei kann man die Sicherheit nicht ignorieren. Dazu gehört eine gestärkte, unbestechliche Polizei. Aber dazu gehört auch der Wiederaufbau der ukrainischen Armee. Das Material ist veraltet, die Soldaten sind demoralisiert. Darum darf die Unterstützung der ukrainischen Armee, auch die Lieferung von Waffen mittel- bis langfristig kein Tabu sein. Eine wehrlose Ukraine wäre auch eine Gefährdung der europäischen Sicherheit.

COOPER: Ich verstehe Frau Merklers Sicht. Aber der Kampf ist tatsächlich sehr ungleich. Die ukrainische Armee ist dramatisch schlechter ausgerüstet, als die Separatisten. Da sterben Menschen, weil sie nicht genügend Schutzwesten haben. Wenn der Krieg wieder aufflammt, dann wird die Frage nach Waffenlieferungen wieder kommen. Darum sollten wir sie nicht für alle Zeiten ausschließen.

Aber was wenn die Separatisten weiter nach Westen vorrücken? Ist Europas ausgewogener Ansatz, der auf Sanktionen und Verhandlungen setzt, dann nicht obsolet?

ISCHINGER: Die beste Methode, neue Instabilität zu verhindern, ist die rasche wirtschaftliche Gesundung der Ukraine. Aber notfalls ist die Politik der Sanktionen noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein einflussreicher Abgeordneter der Duma hat mich neulich gefragt, warum in aller Welt er nicht auf der Sanktionsliste steht. Und er fügte hinzu: „Nur Leute, die da drin stehen, gelten hier in Moskau als wichtig.“ Die Wirksamkeit dieser persönlichen Sanktionen ist zweifelhaft. Wenn jemand sanktioniert wird, kann er zum russischen Delegierten beim Europarat oder der OSZE ernannt werden und darf dann doch ins Ausland reisen.

COOPER: Dafür muss er aber an ein paar unsagbar langweiligen Sitzungen teilnehmen. Das ist schon eine gewisse Strafe.

ISCHINGER: (Lacht.) Kann sein. Jedenfalls könnten wir durchaus noch härtere Sanktionen verhängen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, wenn das wirklich notwendig sein sollte. Besser als Sanktionen ist aber eine Politik der umfassenden Stabilisierung der Ukraine.

Aber wie viel Vertrauen setzt man in Osteuropa noch in die EU? Sind da nicht amerikanische Waffen und Soldaten, wie im Baltikum, viel wichtiger? Kann Europa das Freiheitsversprechen von einst noch halten?

COOPER: Dieses Versprechen hat man in Osteuropa vielleicht mal so verstanden, aber in Wahrheit haben wir es nie gegeben. Wir können niemandes Freiheit dort verteidigen. Wir können nur Staaten helfen, erfolgreich den Weg der Demokratisierung zu gehen. Und sich dann selbst zu sichern.

ISCHINGER: Wir müssen vor allem die Nato-Partnerstaaten im Osten rückversichern.. Natürlich wünschen die sich, dass sie eine möglichst friedliche Nachbarschaft bekommen, aber das können wir eben nicht erzwingen. Ich glaube, die jetzt angelaufenen rotierenden Truppenstationierungen von Nato-Staaten sind das beste und wichtigste, was wir tun können, ohne die Nato-Russland-Grundakte zu verletzen.

Zu den Dingen, die noch funktionieren im Verhältnis zu Russland, gehören die Iran-Atomverhandlungen. Kann ein Erfolg dort auch in der Ukraine helfen?

ISCHINGER: Eine breitere Kontaktgruppe wie im Iran-Atomstreit wäre in der Ukraine-Krise sehr nützlich, etwa eine Verhandlungsgruppe aus Russland, der Ukraine, der EU und den USA. Wenn die Atomverhandler aus dem Iran, den Vetomächten im Sicherheitsrat und Deutschlands nach einem erfolgreichen Deal bei einem Glas Champagner zusammen stehen, könnte man durchaus sagen: Wollen wir jetzt nicht auch noch ein paar andere

Probleme gemeinsam anpacken, z.B. die Ukraine-Situation? Und es gäbe noch einen indirekten Beitrag, den ein Fortschritt in der Atomfragen leisten könnte: Putin will die Wiedererlangung von Russlands historischer Größe nicht bloß von Angela Merkel, David Cameron oder François Hollande bestätigt bekommen. Er will sich auf Augenhöhe mit dem amerikanischen Präsidenten sehen. In der heutigen Lage wäre ein Treffen Putins mit Obama kaum denkbar. Aber wenn es einen Erfolg beim Atomstreit gäbe, dann könnte das die Tür auch für einen Gipfel öffnen. Aber das ist im Moment noch eine Wunschvorstellung.

Offenbar sollen die besonderen Kontrollen für das iranische Atomprogramm nur für zehn Jahre festgeschrieben werden. Heißt das, Irans Bombe wird einfach um zehn Jahre verschoben?

COOPER: Zum Deal gehören viele Faktoren. Die Laufzeit ist nur ein Faktor, neben dem Umfang der Urananreicherung, den Uranvorräten und so weiter. Und auch nach Ablauf der zehn Jahre gäbe es ja immer noch Kontrollmöglichkeiten.

Aber keine mehr über den Atomwaffensperrvertrag hinaus, den Iran mehrmals verletzt hat. Der schließt keine militärischen Anlagen mit ein.



ZUR PERSON

Wolfgang Ischinger (Foto links), ehemals deutscher Botschafter unter anderem in Großbritannien und den USA, ist seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Sir Robert Cooper, Ex-Botschafter unter anderem in Tokio und Bonn, ist Sonderberater der EU-Kommission für Myanmar (Birma). Die „Welt“ traf sie am Rande des Dahrendorf-Projekts Europe and the World von Hertie School, London School of Economics und Stiftung Mercator in Berlin.

COOPER: Das nicht. Aber ansonsten sind die Kontrollmöglichkeiten da schon ziemlich weitgehend. Nach dem Zusatzprotokoll dürften Atomkontrolleure der Internationalen Atomenergiebehörde alles sehen, was ihnen Sorgen bereitet.

ISCHINGER: Das Bessere ist immer der Feind des Guten. Bei jeder Verhandlung kann man sich mehr wünschen. Auch der Atomdeal wird nicht perfekt sein. Aber er wird das sein, was erreichbar ist. Nachdem das Dayton-Abkommen zustande kam, das den Bosnienkrieg der 90er-Jahre beendete, wurden Richard Holbrooke, ich und die anderen Unterhändler sehr gelobt. Auch damals haben wir aber nur das erreicht, was gerade möglich war. Es war alles andere als perfekt. In den Iran-Verhandlungen jedenfalls ist ein Deal in Reichweite, der sehr viel besser ist als kein Deal.